

BDEW zum Start der UN-Klimakonferenz in Paris:

2-Grad-Ziel völkerrechtlich verbindlich verankern

Abkommen sollte klare Verfahren zur Zielerreichung in allen Staaten festlegen / Weltweit einheitliches Preissignal für CO₂-Emissionen erforderlich

Berlin, 30. November 2015 – „Die Berichte und Analysen des Weltklimarates IPCC haben die Gefahren des Klimawandels immer wieder eindringlich zur Sprache gebracht. Das Klimaabkommen in Paris sollte deshalb das 2-Grad-Ziel als Obergrenze der Erderwärmung völkerrechtlich verbindlich verankern. Das Abkommen sollte darüber hinaus klare, verbindliche Verfahren festlegen, die die erforderlichen Minderungsbeiträge in den Staaten sichern“, sagte Hildegard Müller, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung heute zum Auftakt der Klimakonferenz in Paris. Erforderlich sei deshalb auch ein transparenter und stringenter Monitoring-Prozess, der die Fortschritte bei der Umsetzung eines Klimaabkommens in vergleichbarer Form dokumentieren und mögliche Defizite aufzeigen kann. Das UN-Klimasekretariat könne hier auf Erfahrungen in der Umsetzung des Kyoto-Protokolls zurückgreifen. „Die internationale Staatengemeinschaft muss sich möglichst schnell auf das Ziel verständigen, gemeinsame Standards für Mess-, Berichts- und Verifizierungspflichten zu beschließen, da nur so das nötige Vertrauen zwischen Industrie, Schwellen- und Entwicklungsländern hergestellt werden kann.“

Aus Sicht der Energiewirtschaft sollte das Klimaabkommen auf marktorientierte Instrumente setzen. Auf Technologierestriktionen und Marktbeschränkungen sollte verzichtet werden. „Der BDEW plädiert dafür, die notwendigen Treibhausgas-Minderungsanstrengungen der Weltgemeinschaft auf die ökonomisch effizienteste Weise zu gestalten. Langfristig muss es ein weltweit einheitliches Preissignal für Treibhausgas-Emissionen geben, das Knappheiten effizient anzeigt“, so Müller. Ein Welt-Kohlenstoffmarkt sei dabei der richtige Weg zu kosteneffizientem Klimaschutz. „Die Europäische Union muss hier mit einer konsequenten Reform des EU-Zertifikatehandels vorangehen. Der BDEW hat hier bereits frühzeitig zahlreiche Reformvorschläge eingebracht.“

Die Energiewirtschaft erhoffe sich von den Verhandlungen in Paris zudem die Schaffung von verlässlichen und langfristigen Rahmenbedingungen, aus denen dann die mittel- und langfristigen europäischen und nationalen Klimaschutzziele abgeleitet werden können. „Nur so kann es im Bereich der Klimaschutzpolitik Investitionssicherheit geben, die die Unternehmen für ihre

**BDEW Bundesverband
der Energie- und
Wasserwirtschaft e. V.**

Reinhardtstraße 32
10117 Berlin

Bereich Kommunikation

Jan Ulland

Pressesprecher

Telefon

+49 30 300199-1160

Telefax

+49 30 300199-4190

presse@bdew.de

www.bdew.de

Investitionen unbedingt benötigen.“ Dabei müsse jeder Wirtschaftszweig im Rahmen seiner Möglichkeiten und unter Berücksichtigung von Aspekten der Kosteneffizienz sowie des Wettbewerbes seinen Beitrag zur Minderung der Treibhausgasemissionen leisten, betonte die Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung. „Bisher sind wir hier zu kurz gesprungen, uns fehlt ein ganzheitlicher Ansatz. So ist die deutsche Energiewende zurzeit de facto eine reine Stromwende. Die Landwirtschaft, der Wärme- und vor allem der Verkehrssektor bleiben weit unter ihren Möglichkeiten und müssen stärker in den Fokus rücken.“